

I. Anmeldung

TOP:

Kommission für Integration

Sitzungsdatum 08.12.2016

öffentlich

Betreff:

**Auswirkungen des Bundesintegrationsgesetzes
Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 11.07.2016**

Anlagen:

-Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 11.07.2016
-Sachverhalt
Flüchtlingsarbeit in der Noris-Arbeit gGmbH

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☒	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Das im Sommer 2016 verabschiedete Integrationsgesetzes des Bundes ist zu großen Teilen ein Änderungsgesetz im Bereich Asyl- und Aufenthaltsgesetz. Ein detaillierter Bericht zu den aufenthaltsrechtlichen Änderungen und Auswirkungen erfolgt mündlich. Die im Antrag gestellten Fragen werden - soweit es die Datenlage erlaubt - im Bericht beantwortet. Zum Thema Integrationskurse wird das Bildungsbüro 2017 gesondert einen ausführlichen Bericht vorlegen.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- ☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- ☐ Nein (→ weiter bei 2.)

- ☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten**

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€ davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€ davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- ☒ Nein (→ weiter bei 3.)

- ☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- ☐ Ja
☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- ☐ Nein
☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Das Bundesintegrationsgesetz hat Auswirkungen auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit differenziert durch individuelle Unterschiede bei Merkmalen wie Geschlecht, Alter oder Bildungsstand.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- ☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
☒ **Koordinierungsgruppe Integration**
☐
☐

II. Herrn OBM

III. IV/KuF/Koordination Integrationsprogramm

Nürnberg, 16.11.2016
Der Oberbürgermeister

()